

Europa in der Krise

I. Einleitung	1
II. Phasen der EU-Integration	2
III. Das EU-Krisenmanagement	3
<ul style="list-style-type: none"> ● Die Durchsetzung des „deutschen“ Spardiktats: Fiskalunion und ESM ● Aufkauf von Staatsanleihen und Geldschöpfung durch die EZB ● Europäische Wirtschaftsregierung ● Neokeynesianische Schulden- und Wirtschaftsgemeinschaft ● Kritik am „Wachstumsdogma“ der Krisenstrategien ● Kritik: Schuldensozialismus 	
IV. Postdemokratie, Rechtspopulismus und die Proeuropäer	8
<ul style="list-style-type: none"> ● Aushöhlung der Demokratie durch EU-Bürokratie und Finanzmärkte ● Regressive Verarbeitung der Krise – rechtspopulistische Tendenzen ● Mehr Europa statt Krisennationalismus 	
V. Linke Perspektiven	11
<ul style="list-style-type: none"> ● Parlamentarische Linke ● Die Schuldenkrise und die europäische Gewerkschaftsbewegung ● Auf der Suche nach neuen Perspektiven 	
VI. Vermischtes	13

I. Einleitung

Je länger das Ringen um „den Euro“ anhält, desto mehr weitet sich die Debatte zu einer Debatte über Europa überhaupt aus. Immerhin scheinen dabei lange Zeit verdrängte Fragen offener diskutierbar zu sein als zu Zeiten vermeintlicher Stabilität: Demokratie und Partizipation, wirtschaftspolitische Ausrichtung, ja so gar die "Systemfrage". Oder handelt es sich dabei um inszenierte Debatten - in kontrollierten Portionen serviert - als zeitgeistiger Beigeschmack einer faktischen Rückkehr neoliberaler Hegemonie? Tatsächlich schienen Deregulierung und Privatisierung im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrisen seit 2007 in Verruf gekommen zu sein. Je mehr aber der Fokus auf die Staatsschulden gerichtet werden kann, die ja gerade auch infolge jener Deregulierungen und der sich anschliessenden Finanzkrisen "explodierten" - desto stärker feiert das neoliberale Zerrbild vom verschwenderischen Staat und mit ihm der Ruf nach "Reformen" Renaissance.



Zu diesem "Triumph gescheiterter Ideen" vgl. die länderübergreifende gleichnamige Publikation des **Transform-Netzwerkes** www.vsa-verlag.de/nc/detail/artikel/ein-triump-gescheiterter-ideen/ sowie **Beat Ringger**: Neoliberalismus 2.0?, in Denknetz Jahrbuch 2011, www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Neoliberalismus_2.0_Ringger.pdf

Mehr noch: Entlassungen im öffentlichen Dienst, Lohn- und Sozialkürzungen, Privatisierungen haben in den vergangenen Monaten unter dem Druck des EU-Krisenmanagements in vielen Ländern wie Griechenland, Spanien, Irland oder Portugal ein Mass erreicht, das noch vor kurzer Zeit als undenkbar erschienen wäre: Die griechischen Gewerkschaften rechnen vor, dass die Lohnabhängigen und die RentnerInnen seit Ausbruch der Krise einen Kaufkraftverlust von 50% erlitten haben.

Diese Stringenz neoliberaler Konsolidierung findet jedoch keine Entsprechung in einer konsistenten Linie der Krisenbekämpfung. Im Gegenteil: Eine Rettungsmassnahme jagt die andere, ohne dass ernsthaft an ihre Wirksamkeit geglaubt würde. Die neueste Massnahme - die Bereitschaft der Europäischen Zentralbank zum unbegrenzten Aufkauf von Staatsanleihen - scheint zwar ein etwas längeres Verfalldatum zu haben; doch lebt auch dieser Schritt vom Prinzip Hoffnung, in der gewonnenen Verschnaufpause möge doch bitte ein neuer Wirtschaftsaufschwung einsetzen. Bereits vor einem Jahr fragte die Financial Times Deutschland angesichts des Ausbleibens grundlegender Massnahmen wie etwa eines Schulden-



Dieses Symbol verweist auf einen Text, der per Mausclick abgerufen werden kann. Die URL wird für den Ausdruck vollständig angegeben.

Inhalt und Gestaltung: Holger Schatz. Ein besonderer Dank geht an Beat Ringger für Anregungen und Kommentare. Ältere Ausgaben des Infobriefs sind auf unserer Homepage abrufbar.



www.ftd.de/politik/europa/:euro-rettung-schulden-schnitt-fuer-griechen-darf-kein-ta-bu-sein/60042244.htm



www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Kaufmann_Stuetzle_Jahrbuch2012.pdf



www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/frick.pdf

schnitts: "Wie lange soll dieser Ausnahmezustand Euro-Rettung noch weitergehen"? Die Situation wird flankiert von einem Aufbrechen nationaler Ressentiments, während die linken Versuche, ein solidarisches Europa von unten voranzubringen, demgegenüber hilflos erscheinen.

Der folgende Infobrief versucht das verworrene Feld der Krisenbearbeitung kritisch und überblickend zu sondieren. Selbstredend hängen Vorschläge und Praxen der Krisenbekämpfung eng mit der jeweiligen Krisenerklärung zusammen. Wir verweisen für die Debatte um die Ursachen der Krise auf die beiden Denknetz-Infobriefe #8 und #10. Zur Auseinandersetzung um die Staatsschulden - die wir aus Platzgründen nicht in diesem Infobrief erörtern können - erscheint im neuen Denknetz-Jahrbuch 2012 ein Beitrag von **Stefan Kaufmann** und **Ingo Stütze**, der die grundlegende Bedeutung von öffentlichen - im Gegensatz zu privaten - Schulden für das Funktionieren des Kapitalismus diskutiert. Bereits vor 7 Jahren hatte sich **Andres Frick** im Denknetz Jahrbuch der gleichen Thematik im Hinblick auf die Schweiz angenommen.

II. Phasen der EU-Integration

Zweifellos bilden die Wirtschaftskrisen der 20er und 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts sowie vor allen Dingen die Schrecken des Nationalsozialismus mit Weltkrieg und Holocaust den Hintergrund der nach 1945 verstärkten Bemühungen um eine wie auch immer auszugestaltende Zusammenarbeit der europäischen Länder. Während im linken Spektrum die schon länger virulenten Hoffnungen einer antichauvinistischen Europäisierung unter den Prämissen von Demokratie und Sozialismus Auftrieb bekamen, sahen Neoliberale wie etwa Hayek bereits vor dem 2. Weltkrieg in einer europäischen Föderation die Chance, Wirtschaftspolitik von jenen Fesseln zu befreien, die nationale Souveränität einer neoliberalen Politik zu setzen imstande war.

Einen herausragenden, instruktiven Aufsatz zur Geschichte der europäischen Integration bietet **Georg Michels** „Zum Glück gezwungen“.

Zu den Träumen eines demokratischen und sozialistischen Europas und den kontrovers geführten Europadebatten innerhalb der sozialistischen Linken seit dem 19. Jahrhundert haben **Thomas Händel** und **Frank Puskarev** einen Überblicksessay „Europa – Ein linkes Projekt? in der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift Luxemburg verfasst.

Auf einem Blog der **London School of Economics LSE** gibt es eine spannende Debatte über die Implikationen von Hayeks Europaideen für die aktuelle Krisenbekämpfung. Grosso Modo ist man sich hier einig, Hayek als Mentor einer EU jenseits von Protektionismus, aber auch jenseits des aktuellen Rettungskeynesianismus fruchtbar machen zu können.

Im Grossen und Ganzen kann die wirtschaftspolitische Integration der EU in zwei Phasen geteilt werden, erstens die Phase von 1945 bis Mitte der 80er Jahre, und zweitens die neoliberale Phase, die bis heute anhält. Für die „offene“ Phase steht die 1951 gegründete Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), in der Regel Montanunion genannt, sowie die Schaffung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft EWG 1957. Zwar zielten beide Regelwerke in wirtschaftspolitischer Hinsicht auf die Entwicklung besserer Marktbedingungen für die europäischen Länder, aber sie verbanden dies explizit mit Massnahmen zur Förderung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und mit einer aktiven Beschäftigungspolitik. Diese Kombination – Forcierung der europäischen Wirtschaftsintegration zur Stärkung des Kapitals im internationalen Wettbewerb mit Elementen keynesianischer Wirtschaftspolitik – verkörpert der „sozialdemokratische Europäer“ schlechthin, **Jaques Delors**. Delors betrachtete zwar spätestens in seiner Funktion als Präsident der Europäischen Kommission 1985 bis 1995 die keynesianische Politik als verbraucht, versuchte jedoch, den neoliberalen Prozess durch Mitgestaltung zu steuern und sozial abzufedern.

Vgl. hierzu aus politikwissenschaftlicher Perspektive die Studie „Die Europäische Union zwischen Demokratisierung und Regierungszusammenarbeit“ von **Otto Schmuck**

Zur Kritik und Einordnung der keynesianischen Phase der EU-Integration, die ebenso wie die neoliberale Phase letztlich als Strategie zur Stärkung kapitalistischer Herrschaft anzusehen ist, hat **Jannis Chasoglou** einen informativen Beitrag in den Grundrissen verfasst.

Pointiert und vernichtend fällt die Analyse des Papiers Weiße Rose aus Athen in der Zeitschrift **Wildcat** aus, wonach die EWG ein kapitalistisches Modernisierungsprojekt zur Herstellung eines kapitalistischen Großwirtschaftsraums mit starker deutscher Hegemonie darstellt.

Der Beginn der neoliberalen Phase wird gemeinhin mit dem 1987 beschlossenen Ziel der **Schaffung des gemeinsamen Binnenmarktes** verortet. Die Durchsetzung des neoliberalen Europas gelang dann mit dem **Maastrichter Vertrag** von 1992, der offiziell die Einrichtung der europäischen Union und auch der Währungsunion zum Ziel hatte. Maastrichter Kernelemente sind die Bestimmungen zu



<http://blogs.lse.ac.uk/europpblog/2012/08/21/hayek-eurozone-crisis/>



<http://library.fes.de/pdf-files/akademie/online/09141.pdf>



www.grundrisse.net/grundrisse42/maastricht_zu_Europa_2020%20.htm



www.wildcat-ww.de/wildcat/90/w90_weisserose.html



<http://library.fes.de/pdf-files/akademie/online/50359.pdf>



<http://werwenn-nichtwir.blogspot.de/2012/07/europa-ein-linkes-projekt.html>

den Konvergenzkriterien (Dogma der Preisstabilität) und zur Haushaltsdisziplin und Verschuldungsobergrenze von 3%, sowie wirksame Druckinstrumente zur Durchsetzung neoliberaler Wirtschaftspolitik.

Vgl. hierzu ausführlich **Klaus Busch**, der in „Scheitert der Euro?“ neben dem wachstumsfeindlichen Spardiktat das Fehlen einer solidarischen Einbindung der geldpolitischen Integration in eine Sozial-, Wirtschafts- und Politikunion kritisiert und als jene „Defizite“ kennzeichnet, die die heutige Schuldenkrise mit auslösten, verschärften und ihre wirksame Bekämpfung verhinderten.

Die ideologische Konsolidierung der neoliberal verfassten Integration erfolgte dann mit dem **Lissaboner Vertrag**, der 2007 den Maastricht-Vertrag ersetzte. Zwar hat dieser die Kritik am Europa des Lohn- und Sozialdumpings, der Privatisierung und Deregulierung auch der Finanzmärkte sowie der Entdemokratisierung durch die Betonung einer notwendigen sozialen und demokratischen Erweiterung der Integration zur Kenntnis genommen. Letztlich habe er aber, so die Auffassung vieler Kritiker, den autoritären Marktradikalismus festgeschrieben.

III. Das EU-Krisenmanagement

Den unterschiedlichen Ursachenanalysen der Euro- bzw. Staatsschuldenkrise entsprechen höchst disparate Lösungskonzeptionen. Grundsätzlich jedoch herrscht auf der institutionellen Ebene der EU (EU Kommission, Eurogruppe, EZB etc.) sowie des IWF das Dogma der Austerität vor, das den Mitgliedsländern der EU harte Spar- und Struktur Anpassungsprogramme auferlegt.

Die Durchsetzung des „deutschen“ Spardiktats: Fiskalunion und ESM

Nach langen Debatten hatte die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem EU-Gipfel vom **Dezember 2011** die Grundzüge des sogenannten Fiskalpaktes und damit eine "Sparunion nach deutschem Muster" durchsetzen können (England und die Tschechische Republik stimmten dagegen). Im Grunde handelt es sich dabei um eine Verschärfung der bereits durch die im Vertrag von Maastricht 1992 beschlossenen Konvergenzkriterien, mit welchen die EU-Mitgliedsländer zu mehr Haushaltsdisziplin mittels sogenannter – in den jeweiligen Landesverfassungen verankerten „Schuldenbremsen“ - verpflichtet werden sollten. Konkret sollen nun Länder mit einem Schuldenstand von über 60% des BIP verpflichtet werden, diesen zu verringern,

selbst wenn das jährliche Defizit unter 3% des BIP liegt. Sanktionsmassnahmen gegen dieses Leitlinie sollen früher und schärfer als bisher erfolgen.

Ende **Juni 2012** wurde auf dem EU-Gipfel in Brüssel der »Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion« beschlossen. Dieser „Fiskalpakt oder Fiskalvertrag“ wird das budgetäre Reglement für die unterzeichnenden Staaten im Vergleich zu den bestehenden Vorschriften des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) verschärfen. Nach der Ratifizierung durch mindestens zwölf der 25 Vertragsparteien soll der Anfang März unterzeichnete Vertrag spätestens zum 1. Januar 2013 in Kraft treten.

In der Bewertung des Zustandekommens dieser Sparprämissen als zentraler Bestandteil des EU-Krisenmanagements herrscht weitestgehend Einigkeit darüber, dass Deutschland diese aufgrund der derzeitigen Potenz der deutschen Wirtschaft auch gegen die starken Bedenken der anderen EU-Regierungen durchdrücken konnte: „Dieses Pfund – die deutsche Kreditwürdigkeit – hat die Bundesregierung in den Verhandlungen massiv eingesetzt. Während sie Eurobonds, eine Aufstockung des Euro-Rettungsschirms und Anleihekäufen der EZB entschieden ablehnte, drohte sie gleichzeitig damit, dass sie nicht weiter mit der eigenen Kreditwürdigkeit für die Zahlungsfähigkeit der Krisenstaaten einstehen werde. Es sei denn, die Euroländer gewähren Deutschland Zugriff auf ihre Staatsfinanzen.“ **Stephan Kaufmann** geht in dieser Bewertung dieses „Putsches“ noch einen Schritt weiter und benennt die seiner Ansicht nach treibenden Interessen Deutschlands hinter der zustande gekommenen „Stabilitätsunion“: „Diese Regeln sollen garantieren, dass Euro-Staatsschulden künftig das Vertrauen der Finanzmärkte genießen, dass sie also erstklassige Geldanlagen sind, die die Rendite der Finanzanleger sichern.“ Da zugleich damit Schuldenschnitte verhindert werden sollen, könnte man es angesichts der Folgen der Spardiktate mit Kaufmann auch so ausdrücken: „Eine Entwertung des Finanzkapitals wird verhindert durch eine Entwertung der Arbeitskraft.“

Eine umfassende Analyse der deutschen Rolle innerhalb der derzeitigen Krisendiplomatie hat der Ökonom **Adalbert Winkler**, Professor an der Frankfurt School of Finance & Management und



<http://library.fes.de/pdf-files/ifa/08871.pdf>

Der Vertrag von Lissabon sowie eine ausführliche Analyse und Kritik findet sich auf den Seiten von **Attac Deutschland**



www.attac-netzwerk.de/kiel/gruppen/ag-europa-von-unten/der-vertrag-von-lissabon/

Vgl. auch **Klaus Dräger** „Alternativen zur Lissabon-Strategie der EU“ in der Zeitschrift *Widerspruch*, Nr. 48, online verfügbar



www.memo.uni-bremen.de/docs/m3405.pdf



http://ec.europa.eu/economy_finance/articles/governance/2012-03-14_six_pack_en.htm



www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2012/januar/europa-unter-deutscher-fuchtel



www.wirtschaftsdienst.eu/downloads/getfile.php?id=2811

langjähriger Mitarbeiter an der EZB, vorgelegt, die in einer scharfen Kritik mündet. Demnach sei „die europäische Krisenbekämpfungsstrategie im Wesentlichen von ordnungspolitischen Vorstellungen dominiert, die von der Bundesregierung in den europäischen Gremien eingebracht werden. Danach ist die Krise allein eine Folge fundamentaler, hausgemachter Probleme in den Krisenländern. Folglich besteht die Krisenbekämpfungsstrategie darin, diese Probleme zu lösen. Da es sich dabei um fundamentale Probleme handelt, werden Ausdauer und Zeit benötigt. Eine schnelle Bewältigung der Krise ist daher nicht möglich, schon gar nicht mit den Mitteln, die immer wieder ins Spiel gebracht werden: ein stärkerer Einsatz der EZB oder eine verstärkte fiskalpolitische Integration, z.B. über die Einführung von Eurobonds.“

Die im September bzw. Oktober 2012 wohl entgültig auf EU-Ebene verabschiedeten Bestimmungen zum Europäischen Stabilitätspakt **ESM**, der den bisherigen EFSF ablösen wird, sehen als „Kompensation“ für die rigide Verpflichtung zu Reformen und zur Austerität, Geldspritzen aus den entsprechenden Fonds vor, den sogenannten Rettungsschirmen. Schätzungen gehen davon aus, dass seit 2008 bis Ende 2012 aus den Töpfen von EFSF und dann ESM 1000 Milliarden Euro (1 Billion) an Finanzspritzen an von der Krise besonders betroffene Länder – bzw. wohlgerneht an die Banken und nicht für öffentliche Investitionen - ausbezahlt worden sind.

Aufkauf von Staatsanleihen und Geldschöpfung durch die EZB

Neben den Rettungsschirmen und den Krediten der EZB zu Niedrigstzinsen ist das zweite bereits praktizierte Instrument zur Eindämmung der Krise der massive Ankauf von Anleihen der krisenbetroffenen Länder durch die EZB mit Zinsen unter dem jeweiligen Marktniveau. Dadurch erhalten die Länder „billigeres“ Geld. Der Hintergrund hierfür ist die übliche Praxis der Refinanzierung bereits ausgegebener Staatsanleihen, die zu einem vertraglich vereinbarten Zeitpunkt nebst entsprechender Verzinsung rückbezahlt werden müssen. Hierfür werden wiederum neue Staatsanleihen ausgegeben bzw. Kredite aufgenommen. Diese Art von Staatsrefinanzierung erhöht die Schuldenquote also nur, wenn bzw. weil die Zinsen, die für die neuen Anleihen gewährt werden müssen, höher liegen als die bisherigen.

Bis August 2012 hat die EZB bereits für 211 Milliarden Staatsanleihen gekauft, Kritiker sprechen von Schrottanleihen, weil absehbar sei, dass die EZB darauf sitzen bleiben wird, entweder weil die Zinsen nicht bedient werden und/oder das jeweilige Land pleite geht, oder weil sie nicht weiter verkäuflich sind.

Am 7. September hat nun der Rat der EZB bei der erwarteten Gegenstimme des Chefs der deutschen Bundesbank, **Jens Weidmann**, ein neues, umfassendes Programm zum Ankauf von Staatsanleihen beschlossen. Sowohl Umfang wie auch zeitliche Dauer sollen demnach zunächst unbegrenzt sein. Kritiker sprechen von einer faktischen Finanzierung von Staaten, die durch kein entsprechendes EZB-Mandat gedeckt sei, und prophezeien ein grosses Inflationsrisiko. EZB-Präsident **Mario Draghi** dagegen betont, die EZB werde eine Inflation dadurch verhindern, dass sie das Geld spätestens 2017 – mit der letzten Fälligkeit der vorgesehenen Rückzahlungen durch Italien und Spanien – wieder „einsammeln“ werde. Die einseitige Ausrichtung der Ankäufe auf Staatsanleihen mit kurzen Laufzeiten wiederum hat allerdings Zweifel an der nachhaltigen Wirkung des Programms geweckt.

Kritik an der Europäischen Feuerwehrpolitik, Kritik an „Geldschwemme“ und Rettungsschirmen

Dass es mittel- und langfristig keine Lösung, sondern eine Verschärfung des Problems darstellt, die Schuldenwirtschaften durch immer neue Geldschwemmen zu verwalten, scheint zum common sense in der Debatte zu gehören. Statt Symptombekämpfung seien grundlegende Reformen notwendig. Doch welche? Aus liberaler Sicht stellte die NZZ klar: "Europa muss dem Leben auf Kredit ein Ende bereiten und dafür sorgen, dass sich unternehmerisches Handeln wieder mehr lohnt." Trotz aller Kritik scheinen sich allerdings die wichtigsten Akteure dem Prinzip Hoffnung anzuschliessen: Das neue Aufkaufprogramm der EZB soll eine genügend lange Verschnaufpause erzeugen, in der ein Wirtschaftsaufschwung eintreten möge, der dann die Spielräume für die Lösungsfindung entscheidend erweitern könnte.

Europäische Wirtschaftsregierung

Eine anders gelagerte Kritik an den Rettungsschirmen für Banken sowie der Re-



www.sueddeutsche.de/wirtschaft/weidmann-warnet-ez-b-vor-anleihen-kaeu-fen-1.1450287



www.nzz.ch/aktuell/wirtschaft/reflexe/ezb-geld-allein-bringt-nur-inflation-und-stoert-die-maerkte-1.17408571

finanzierung maroder Staatshaushalte sieht nicht die Finanzspritzen als solches als Problem an, sondern die fehlende Einbettung solcherlei Geldhilfen in eine koordinierte Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik.

In der Debatte zur Eurokrise ist immer wieder die Rede vom zentralen „Konstruktionsfehler“, wonach die Einrichtung des gemeinsamen Währungsraums im Jahre 1999 angesichts der grossen wirtschaftlichen Unterschiede der EU-Länder fatal gewesen sei. Die Schlussfolgerungen hieraus gehen in zwei diametral entgegengesetzte Richtungen. Weil mit dem Wegfall der jeweiligen Landeswährung den nationalen Regierungen das Mittel genommen sei, über Anpassungen der eigenen Währung Wechselkursschwankungen ausgleichen (und damit auch Spekulation eindämmen) zu können, sei das Ende des Euros als Gemeinschaftswährung unausweichlich. Dies ist grob eines der Argumente der Euroskeptiker (sowie vieler Schweizer, die einen EU-Beitritt ablehnen). Nahrung erhält die Euroskepsis durch die weitestgehend anerkannte Tatsache, das die makroökonomischen Ungleichheiten seit der Einführung des Euros zugenommen haben.

Heiner Flassbeck, der Chefökonom der Uno-Organisation für Welthandel und Entwicklung, hält zwar prinzipiell die Idee einer gemeinsamen Währung in Europa für sinnvoll. Angesichts der nationalen Borniertheit der Regierungen und vor allem aufgrund des im Zuge des Krisenmanagements institutionalisierten Sparwahns, der die Leistungsbilanzunterschiede weiter verschärfe, sieht er jedoch nur noch den Ausweg einer geordneten Abwicklung des Euros.

Die entgegengesetzte Argumentation, wie sie als direkte Entgegnung auf Flassbeck, **Elmar Altvater** in der WOZ vertritt, fordert nun erst recht eine stärkere europäische Integration, insbesondere eine gemeinsame Koordination der Wirtschaftspolitik. Die europäische Union müsse zur Wirtschaftsunion ausgebaut werden. Wie eine solche stärkere Integration und Koordination jedoch in ökonomischer, aber auch demokratiepolitischer Hinsicht konkret auszusehen habe, darüber gehen die Meinungen allerdings auseinander.

Neokeynesianische Schulden- und Wirtschaftsgemeinschaft

Ein gewichtiger Strang der Kritik am EU-Krisenmanagement plädiert für eine um-

fassende, kurz-, mittel- und insbesondere langfristig ausgelegte EU-Wirtschaftspolitik, die das Spardogma überwindet und die „Kosten“ der Krise nicht nach unten abwälzt.

Der Ökonom **Dr. Matthias Kollatz-Ahnen**, bis Anfang 2012 Vorstandsmitglied der Europäischen Investitionsbank mit Sitz in Luxemburg, verfasste für die Friedrich-Ebert-Stiftung (Stiftung der deutschen Sozialdemokraten) ein "Wachstumsprogramm für Europa", das exemplarisch für eine verbreitete Kritik am europäischen Fiskalpakt und der damit einhergehenden Austeritätspolitik steht: "Die Verabschiedung des Fiskalpakts in seiner bisherigen Ausgestaltung würde eine gleichzeitige Austeritätspolitik in den Ländern der Eurozone bedingen. Der Pakt ist in das Konzept neo-liberaler Strukturreformen eingebettet und zielt darauf, Wachstumskräfte freizusetzen. In Wirklichkeit verschärft sich die Krise in mehreren EU-Ländern zusehends in Form einer Abwärtsspirale". Gefordert sei deshalb eine „Wachstumspolitik mit einem Investitionsprogramm, das

- auch kurzfristig Wirkung zeigt,
- auf wirtschaftliche Projekte setzt, die sich ganz oder zu großen Teilen in der Zukunft finanzieren und keine Zukunftslasten in ihren jeweiligen Ländern produzieren,
- insbesondere konkurrenzfähige kleine und mittlere Unternehmen (KMU) wachsen lässt
- Arbeitsplätze auch durch Neugründungen von Unternehmen schafft sowie
- zielgenau ist und deshalb Mittel effizient einsetzt."

Weitere bei der **Friedrich-Ebert-Stiftung** erschienene Studien betonen ebenfalls mit Nachdruck, dass „für eine funktionierende einheitliche Währung eine einheitliche Regulierung der Finanzmärkte ebenso bedeutsam (ist) wie eine zentrale, anti-zyklisch ausgerichtete europäische Fiskalpolitik, verantwortet von einer demokratisch legitimierten politischen Union“ (**Gerhard Illing**), die um Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und soziale Kohäsion (**Björn Hacker**) zu erweitern sei. Konkret beispielweise um „Eurobonds, einen Marshallplan sowie Koordinierungsregeln für die Lohn-, Sozial- und Steuerpolitik“, die durch eine supranationale Wirtschaftsregierung durchgesetzt werden müsse (**Klaus Busch**).

Eurobonds, Haftungsunion und Wirtschaftsregierung

Mit Vehemenz haben im Sommer 2012 Politiker der deutschen Oppositionsparteien den europaweit kritisierten Kurs der Regierung Merkel ins Visier genommen, die immer weniger „Zugeständnisse“ an

vgl. zu den makroökonomischen Ungleichheiten diverse Studien des Instituts für Makroökonomie IMK der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung



www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_68_2011.pdf

www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_41_2009.pdf



www.woz.ch/1236/eurokrise/entgueltig-trennt-euch



www.woz.ch/1237/eurokrise/getrennt-laesst-europa-sich-nicht-retten



<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/09201.pdf>

In der internationalen Diskussion steht für eine solche Position beispielsweise der Ökonom **Paul Krugmann**, beispielsweise nachzulesen in „Wir sparen uns zu Tode“, in Blätter für deutsche und internationale Politik, 6/2012



www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2012/juni/wir-sparen-uns-zu-tode



Gerhard Illing: <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/08978.pdf>

Björn Hacker: <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/09083.pdf>

Klaus Busch: <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/08871.pdf>

Vgl. auch „Die Irrfahrten der Euro-Krisenpolitik“ von Klaus Busch und Dierk Hirschel im Denknetz Jahrbuch 2011



www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Die_Irrfahrten_der_Euro-Krisenpolitik_Busch_Hirschel.pdf

die hoch verschuldeten Mitgliedsländer zu gewähren bereit ist. Prominent flankiert durch ein zeitgleich erschienenenes Pro-Europa Manifest um den Philosophen **Jürgen Habermas** (siehe Kapitel IV), lanciert führende SPD-Politiker wie Sigmar Gabriel und Peer Steinbrück Initiativen für eine Vergemeinschaftung von Schulden etwa durch Eurobonds im Rahmen einer stärker demokratisch legitimierten Wirtschaftsregierung bzw. Schuldenunion, für deren Schlagkraft die Mitgliedsländer der EU Teile der nationalen Souveränität aufzugeben hätten. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch das Grundsatzpapier für eine umfassende Finanzmarktregulierung, das **Steinbrück** im September 2012 vorlegte. Zwar ist zu berücksichtigen, dass es sich dabei mit hoher Wahrscheinlichkeit um Wahlkampfprofilierung eines Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl 2013 handelt. Dennoch überrascht die Dichte und Radikalität des Programms, das viele, in der Regel isoliert diskutierten Instrumente der Finanzmarktregulierung bündelt und mit der Forderung eines europäischen Rettungsfonds verbindet, der nicht mit Steuergeldern, sondern von den Banken selbst finanziert wird.

Die Idee hinter den Eurobonds ist folgende: Ein gemeinsamer Fond aller Euro-Länder leiht sich Geld auf den Märkten, indem er gemeinsame Anleihen (die Eurobonds) herausgibt, deren Zinsen aufgrund der gemeinsamen Haftung unter Einschluss der "starken" Länder deutlich niedriger sind als eben jene, die "schwache" Staaten zahlen müssen, wenn sie selbst Anleihen ausgeben, um an neues Geld zu kommen. Die grüne Europapolitikerin **Franziska Brantner** schreibt dazu:

„Es gibt also nur eine Chance, die Krise des Euros wirklich zu lösen: Es muss eine Garantie für die Staatsschulden der schwächeren Länder geben. Diese Garantie kann von der EZB gegeben werden, dann haftet Deutschland indirekt immer dann, wenn die Zentralbank ihre Garantie durch Käufe von Staatsschuldpapieren einlösen muss. Oder von den Staaten in der Währungsunion selbst. Das sind die von Ihnen geschmähten Eurobonds. ... Wir stehen also vor der Wahl zwischen einer teuren und einer unbezahlbaren Lösung“

Im Grunde steckt hinter den Eurobonds also der gleiche Grundgedanke wie beim Aufkauf von Staatsanleihen durch die EZB: Kreditbedingungen sollen zugunsten der weniger "bonitätsstarken" Länder vergemeinschaftet werden. Zugleich soll damit auch die Spekulation von Finanzmarktinvestoren auf eine Insolvenz einzelner Länder und damit letztlich auch dem Zusammenbruch des Euro eingedämmt werden. **Anne Karras** und **Stefen Stierele** zeigen in ihrem Buch 'Euro-

pakrise', wie etwa die Spekulation auf die Insolvenz mittels dem Handel von Kreditausfallversicherungen (CDS) im Verein mit der fragwürdigen Praxis führender Ratingagenturen die Zinsen (und damit die Schulden) in die Höhe treiben, die das entsprechende Land bei der Kreditaufnahme zahlen muss.

Zum Zusammenhang von (Euro-)Krise, Währungsspekulation und der starken Aufwertung des Schweizer Frankens siehe den aktuellen Beitrag von **Daniel Lampart** im neuen Denknetz Jahrbuch.

Kritik: Schuldensozialismus

Gegen die oben erwähnten Vorstöße für eine gemeinsame „solidarische“ Schuldenunion durch z.B. Eurobonds ist in der Debatte schnell der Vorwurf des sogenannten Schuldensozialismus erhoben worden. Es ist bezeichnend für die Debatte, dass dieser Vorwurf nicht nur gegen die keynesianisch ausgerichteten Konzepte vorgebracht wird, sondern auch gegen Merkels „Zugeständnisse“ weiterer Geldhilfen bei den Verhandlungen zum ESM. In Deutschland brachten der Statistiker **Walter Krämer** und der neoliberale Ökonom **Hans-Werner Sinn** einen Stein ins Rollen, als sie einen offenen euroskeptischen Brief verfassten, dem sich schnell knapp 300 deutsche Volkswirte anschlossen und der politisch vor allen Dingen im Umfeld der nationalchauvinistischen, euroskeptischen CSU Zustimmung erhält, die ja immerhin Teil der Regierungskoalition CDU/CSU-FDP ist. Darin heisst es etwa: „Die Sozialisierung der Schulden löst nicht dauerhaft die aktuellen Probleme; sie führt dazu, dass unter dem Deckmantel der Solidarität einzelne Gläubigergruppen bezuschusst und volkswirtschaftlich zentrale Investitionsentscheidungen verzerrt werden.“ Weil im Brief eine bestimmte „Gläubigergruppe“, die „Wall Street, die City of London und auch einige Investoren in Deutschland“ explizit genannt werden, hat der Brief sogar bei **Sarah Wagenknecht** von der Partei die Linke teilweise Anerkennung erhalten. Ganz getreu ihrem ebenfalls kürzlich veröffentlichten „erzliberalen Manifest“ (Spiegel-Online) müssten die Banken für ihr Tun haften und alle Schulden, die dadurch, respektive durch die nachfolgenden Rettungsmassnahmen entstanden seien, gestrichen werden. Ein solcher Schuldenschnitt im Rahmen einer wirklichen europäischen Solidarunion ist dann aber von den Vorstellungen von Sinn und Co., die



www.vsa-verlag.de/detail/artikel/europakrise/



www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Lampart.Denknetz.Jahrbuch2012.pdf



www.statistik.tu-dortmund.de/kraemer.html



www.sahra-wagenknecht.de/de/topic/27.europaeische_union.html?start=10



www.spd.de/scalableImageBlob/77088/data/20120926_steinbrueck_papier-data.pdf



www.franziska-brantner.eu/weitere-themen/solidarisches-europa/wirtschafts-und-finanzkrise/angriffe-des-baden-wuerttembergischen-sparkassen-prasidenten-auf-gemeinschaftliche-euro-rettung-zurueck-gewiesen/

eine Rückkehr zur nationalen Haushalts-haftung (wohlgerneht unter neoliberalen Prämissen) fordern, doch recht weit entfernt.

Zugleich hat die Initiative von Sinn heftige Gegenreaktionen aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik hervorgerufen. Sie alle eint der Vorwurf, mit solch „populistischen Pamphleten“ schade man nicht nur dem Ansehen Deutschlands bzw. der deutschen Wirtschaft. Vielmehr koste ein Auseinanderbrechen der Eurozone, auf die das Fallenlassen Griechenlands oder auch weiterer „Schuldenstaaten“ hinauslaufe, letztlich dem „deutschen Steuerzahler“ mehr als eine Rettung des Euros im Rahmen einer Fiskalunion.

Wie aber diese Rettung konkret zu gestalten sei, darüber gehen die Meinungen im Lager der Eurorettungsbefürworter weit auseinander. Auch dies zeigt die Debatte, die Sinn und Co. ausgelöst haben. Es ist äusserst schwierig, die verschiedenen Positionen im sogenannten Ökonomenstreit (der in Deutschland und Europa freilich in Grundzügen schon länger schwelt) überblickend zu ordnen. Dies hat weniger mit der Fülle der Beiträge als mit dem zum Teil kuriosen lagerübergreifenden Überschneidungen zu tun. **Michael Wendel** formuliert es in seinem Kommentar zur Debatte treffend so: „Eine einfache Zuordnung dieser Positionen einmal in das übliche Rechts-Links-Schema, aber auch in die Zuordnung Neoklassik und Monetarismus einerseits und Keynesianismus andererseits ist ohne weiteres nicht möglich.“ Eine Zusammenstellung der verschiedenen Zusammenschlüsse von Ökonomen bietet der Artikel „Das Leiden der Professoren“.

Kompromissposition

Eine Position für eine stärkere Vergemeinschaftung, die sowohl einer nachfrageorientierten antizyklischen Wachstumspolitik wie auch weiteren „Reformen“ verpflichtet ist, findet sich in einem Bericht, den 17 international bekannte Professoren (z.B. Jean-Paul Fitoussi, Beatrice Weder di Mauro, Peter Bofinger) für das **Institute for New Economic Thinking (INET)** verfasst haben. Auch hier wird die Politik gemahnt, endlich wirksam und also nicht nur kurzfristig auf die Eurokrise zu reagieren. Es enthält einerseits keynesianische Elemente (antizyklische Wachstumspolitik, Aufbrechen der Doktrin der Preisstabilität) und fordert den Abbau der wirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen den Euroländern, empfiehlt andererseits "Reformen" wie die

Anhebung des Rentenalters und die weitere Verschlankung der Staatsapparate. Die Redaktion der **Zeitschrift Sozialismus** sieht deshalb „hinter dem blossen Plädoyer für eine antizyklische Wachstumspolitik (...) die letztlich gescheiterte Wettbewerbsorientierung durch eine weitere Absenkung der Arbeitseinkommen“ lauern.

Eine weitere, recht geläufige Position, die jener von INET ähnelt – für eine Währungs- und Bankenunion und eine Nullzinspolitik der EZB, aber gegen eine automatische Solidarhaftung – nimmt etwa der Oxford-Ökonom **Clemens Füst** ein: Staaten und Banken müssen insolvent werden können, damit keine Fehlanreize entstehen.

Kritik am „Wachstumsdogma“ der Krisenstrategien

Zweifellos hat die aktuelle Schuldenkrise die diskursiven Bedingungen für die Wachstumskritik erschwert, im Gegensatz zu den vergangenen Jahren, als die Wachstumsdebatte wieder offener zu werden schien. Studiert man die oben erwähnten Beiträge, hat man tatsächlich den Eindruck, die keynesianische Lösung „Wachstum um jeden Preis“ feiere ebenso unhinterfragt eine Renaissance wie das neoliberale „Sparen um jeden Preis“, mit der Folge, dass die Diskussion hauptsächlich zwischen diesen beiden Polen verläuft.

Helmut Knolle kritisiert in seinem Diskussionsbeitrag "Krise auch wegen verfehlter EU-Politik" die Vorstellung, die Eurokrise sei hauptsächlich wegen der Spekulation der Finanzmarktakteure mit und gegen die Staatspapiere ausgebrochen. Er weist darauf hin, dass die Krise vor allem Folge einer "von Brüssel inspirierten fehlgeleiteten Wachstumsstrategie (ist), die mit Schulden finanziert wurde". Griechenland und Spanien hätten - gefördert durch die EU - in den Vorkrisenjahren starke Wachstumsraten verzeichnet. Gefördert wurde in grossem Stil Infrastruktureinrichtungen (z.B. für die Olympia in Athen 2008), Autobahnen sowie vor allem der Bausektor. Profitiert hätten hier von vor allem deutsche und französische Unternehmen, vor Ort seien nach Fertigstellung der Infrastruktur jedoch keine nachhaltigen Arbeitsplätze entstanden.

Vgl. hierzu auch den umfassenden Beitrag von Gregor Kritidis "Griechenland unter dem Diktat der Troika" in Widerspruch 61, 2011 sowie "Testfeld Griechenland", erschienen auf SOPOS.

Vgl. etwa der prominent unterstützte Appell „Für mehr Europa – gegen Renationalisierung“ der Aktion Gemeinsinn,



www.gemeinsinn.de



www.sozialismus.de/kommentare_analysen/detail/artikel/warum-streiten-die-deutschen-oe-konomen/



www.sueddeutsche.de/wirtschaft/aufrufe-der-professoren-das-leiden-der-oe-konomen-1.1422144



<http://ineteconomics.org/sites/inet.civicaactions.net/files/INET%20-Council%20on%20the%20Euro%20Zone%20Crisis%20-%202023-7-12.pdf>



www.sozialismus.de/kommentare_analysen/detail/artikel/masterplan-gegen-euro-zonen-krise/



www.eu-infothek.com/article/brauchen-wir-eine-bankenunion

Zur Wachstumsdebatte vgl. Denknetz Infobrief 16



www.denknetz-online.ch/spip.php?page=denknetz&id_article=394&design=1&lang=de



www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Schuldenkrise.Sud-europa.Denknetz_HKnolle_Juni_12.pdf



www.sopos.org/aufsaetze/4b9914d82c6cc/1.phtml

Entsprechend kritisch äussert sich Knolle zur Option einer staatlichen Nachfragestimulation, weil die Euro-Krise "ein weiterer Beweis für die Schädlichkeit der Wachstumsideologie" sei. Zurecht verweist Knolle damit auf tieferliegende Ursachen der Krise. Allerdings lässt sich der Wachstumszwang als strukturelles Moment kapitalistischer Krisenhaftigkeit analytisch nicht von der krisenverursachenden und verschärfenden Finanzialisierung trennen. Ebenfalls muss bei einer Bewertung staatlicher Nachfragepolitik unterschieden werden, ob diese auf Autobahnen, Ferienwohnungskomplexe und Olympiabauten oder auf einen sozial-ökologischen Ausbau der gesellschaftlichen Infrastruktur zielt. Ob allerdings eine Stimulation von Nachfrage im Bereich der sozial-ökologischen Infrastruktur die Krisen des Kapitalismus lösen kann, ist wiederum Gegenstand anderer Diskussionen, etwa im Zusammenhang mit der Perspektive „Care-Gesellschaft“, die das Denknetz in Zukunft verstärkt beschäftigen wird.

Vgl. hierzu die Überlegungen im Denknetz Working Paper „Die Denknetz Reformagenda“



www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Working_Paper_Reformagenda_April_2011-2.pdf

IV. Postdemokratie, Rechtspopulismus und die Proeuropäer

Spätestens seit den neueren Interventionen von Jürgen Habermas ist die Frage, ob die globale Finanzkrise die Grundlagen der Demokratie infrage stellt, in aller Munde. Unterlaufen also Finanzialisierung und Rettungsmaßnahmen demokratische Institutionen und Prozesse?

Aushöhlung der Demokratie durch EU-Bürokratie und Finanzmärkte

In Artikel 121 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), neben dem Vertrag über die Europäische Union zentrale Rechtsgrundlage der EU, heisst es:

"Der Rat erstellt auf Empfehlung der Kommission einen Entwurf für die Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Union und erstattet dem Europäischen Rat hierüber Bericht. Der Europäische Rat erörtert auf der Grundlage dieses Berichts des Rates eine Schlussfolgerung zu den Grundzügen der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Union. Auf der Grundlage dieser Schlussfolgerung verabschiedet der Rat eine Empfehlung, in der diese Grundzüge dargelegt werden. Der Rat unterrichtet das Europäische Parlament über seine Empfehlung."

Weder das Europäische Parlament, noch die Parlamente der Einzelstaaten haben also Entscheidungshoheit. Dies ist eine der zentralen Kritikpunkte an der (un-)demokratischen Verfasstheit der EU.

Als zweiter wichtiger Aspekt des Demokratiedefizits gilt die Macht der Finanzmärkte über die Politik infolge der vielfachen Deregulierungen und auch insbesondere auch infolge der neueren Krisen. Eine herausragende Analyse von **Wolfgang Streeck**, Direktor des Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (MPIG) über die schleichende Aushöhlung der Demokratie durch ein sich wechselseitig verstärkendes Zusammenspiel der „Finanzmärkte“ und des abhängig gemachten "EU-Imperiums" war kürzlich in der Süddeutschen Zeitung zu lesen. Darin heisst es zusammenfassend:

„Zwischen den Nationalstaaten Europas und der internationalen Hochfinanz unserer Tage bestehen seit Langem vielfältige Verwicklungen. Nach Einführung des Euro gaben die Geldhäuser Europas und Amerikas den Mitgliedsländern der Europäischen Währungsunion Kredit, was das Zeug hielt, und allen zu praktisch gleich niedrigen Zinsen. Nach 2008 ließen sie sich dann von denselben Staaten, die zugleich ihre Volkswirtschaften vor ihnen zu retten hatten, vor sich selber retten. Dadurch stieg die öffentliche Verschuldung auf ein Niveau, das die gerade geretteten Finanzinstitute um die Zahlungsfähigkeit ihrer staatlichen Retter-Schuldner fürchten ließ. "Die Märkte" signalisierten Panik, indem sie die Zinsen für ausgewählte Staaten erhöhten, und verlangten Beruhigung durch eine "glaubhafte", das heißt irreversible Internationalisierung der Staatsschulden. Damit wurde der Finanzsektor zum Vorkämpfer europäischer "Solidarität" - wenn nicht zwischen den Völkern, dann doch der Völker mit ihm.“

Den Autoren von „Europa im Schlepptau der Finanzmärkte“ - **Joachim Bischoff, Frank Deppe, Richard Detje, Hans-Jürgen Urban** – zufolge gehe es beim EU-Krisenmanagement „nicht um die Rettung krisengeschüttelter Gemeinwesen, sondern um die Sicherung gefährdeter Vermögens- und Besitzansprüche“. Für diesen Zweck habe „ein autoritäres Regime von Vertretern der EU, der Europäischen Zentralbank und des Internationalen Währungsfonds das Ruder übernommen, berechtigt, entscheidende demokratische Normen über Bord zu werfen“.

Weitere Analysen und Kritiken des EU-Demokratiedefizits:

Wolfgang Streeck: The Crises of Democratic Capitalism. In: New Left Review 71, Sept/Oct 2011, 5-29.

Jürgen Habermas: Wie demokratisch ist die EU? Die Krise der Europäischen Union im Licht einer Konstitutionalisierung des Völkerrechts, in Blätter für deutsche und internationale Politik 8/2011

Internationale Zeitschrift des **Netzwerks Transform**, Ausgabe 10/2012: Democracy. A european challenge

Lukas Oberndorfer: Ein System, das den Menschen Angst macht. Der autoritäre Wettbewerbssetatismus als Bearbeitung der Krise in Europa, in: Prager Frühling 13/2012

Regressive Verarbeitung der Krise – rechtspopulistische Tendenzen

Rechtsentwicklung und Entdemokratisierung finden ihre logische Entsprechung im zunehmenden Nationalchauvinismus



www.sueddeutsche.de/wirtschaft/ein-neuer-kapitalismus-das-ende-der-nachkriegsdemokratie-1.1427141



www.vsa-verlag.de/uploads/media/www.vsa-verlag.de-Bischoff-ua-Europa-im-Schlepptau-der-Finanzmaerkte.pdf



www.mpihg.de/pu/mpifg_dp/dp11-15.pdf

www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2011/august/wie-demokratisch-ist-die-eu

<http://transform-network.net/journal/sue-102012.html>

http://ipr.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/Rechtsvergleich_Verschraegen/Verschraegen/MitarbeiterInnen/Lukas_Oberndorfer/Ob erndorfer_Ein_System_das_den_Menschen_Angst_macht_-_Der_autorit%C3%A4re_Wettbewerbssetatismus_als_Bearbeitung_der_Krise_in_Europa.pdf



www.spiegel.de/politik/deutschland/wie-in-der-euro-krise-die-toene-immer-schrieller-werden-a-848330.html

innerhalb der Krisendebatte. Der Vorsitzende der Euro-Gruppe, **Jean-Claude Juncker**, warnt vor einem zunehmenden nationalen Populismus und Egoismus:

"Die Schuldenkrise zeigt, dass die Europäische Integration ein sehr fragiles Gebilde ist. Vergessen geglaubte nationale Ressentiments schwimmen sehr dicht an der Oberfläche. Mehr als 60 Jahre nach dem zweiten Weltkrieg liegen sie nicht kilometerweit, sondern nur zentimeterweit unter der Oberfläche."

Er gab dabei einen deutlichen Fingerzeig Richtung Deutschland ab. "Wieso eigentlich erlaubt sich Deutschland den Luxus, andauernd Innenpolitik in Sachen Eurofragen zu machen? Warum behandelt Deutschland die Euro-Zone wie eine Filiale? Wenn das alle 17 Regierungen machten, was bliebe dann übrig von dem, was uns gemeinsam ist. Warum ist das so?"

„Auf unsere Kosten“: Wer zahlt eigentlich für wen?

Fixpunkt des nationalistischen Krisenpopulismus (faule Griechen, herrische und letztlich gierige Deutsche) ist die beliebig einsetzbare Suggestion, jenes oder dieses Volk, jene oder diese Volkswirtschaft profitiere überproportional von der EU-Integration bzw. den jeweiligen Rettungsplänen. Die EU erscheint dabei als ein bürokratisches, zentralistisches Monster, das von den „gesunden“ Mitgliedsländern Zwangsabgaben erhebt, um damit marode (Süd-)Volkswirtschaften zu alimentieren. Dieses Muster scheint zudem auch zunehmend innerhalb der Nationalstaaten um sich zu greifen, etwa wenn im krisengeschüttelten Spanien, mehr und mehr "reiche" Regionen sich von Madrid separieren wollen.

Die Frage, wer zahlt und wer empfängt, begleitet die EU seit Anbeginn. Statutarisch und dem Selbstbild nach ist die EU auch im ökonomischen Sinne eigentlich eine Solidargemeinschaft. Gemäss Artikel 3 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) fördere sie „den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten.“ Konkretes Ziel ist es dabei, "die Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen und den Rückstand der am stärksten benachteiligten Gebiete zu verringern" (Artikel 174 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)).

In Wirklichkeit scheint die Europafrage mittlerweile zurückgefallen auf eine rein ökonomische Bilanzrechnung, die wiederum die vermeintlich rationale Basis der nationalistischen Befindlichkeiten

darstellt. Gerade in Deutschland ist das Bild vom "Zahlmeister Europas" seit Anbeginn des Integrationsprozesses - also auch unabhängig von den diversen Rettungsschirmen seit 2008 - immer virulent geblieben. Unterkomplexe ökonomische Betrachtungen - etwa zum Verhältnis Nettozahler bzw. Nettoempfänger - geben dem Bild eine gewisse Stringenz.

Im Jahre 2010 beispielsweise weist die Europäische Kommission in ihrem Finanzbericht Deutschland in absoluten Zahlen mit über 9 Milliarden Euro als grössten Nettozahler an die EU aus. Im Verhältnis zum BIP ergibt dies allerdings "nur" einen Wert von 0,36 %, was in etwa den Beiträgen der Niederlande, von Belgien, England, Frankreich und Italien entspricht.

Doch auch bei einer solchen Gewichtung bleibt ausser Acht, dass sich viele Faktoren, die über ökonomische Vor- bzw. Nachteile der EU-Integration für die jeweilige Volkswirtschaft bestimmen, nicht so einfach in Zahlen ausdrücken lassen. So ist gerade für eine exportorientierte Volkswirtschaft der Vorteil, den der freie Personenverkehr, der offene Binnenmarkt und der Euro als Leitwährung (vor allem wenn dieser so schwach ist wie derzeit) mit sich bringen, immens.

Neuerdings muss auch die Frage gestellt werden, in welchem Masse die nordeuropäischen Eliten und die transnationalen Konzerne die Krise nutzen, um zu einem Raubzug auf das "Tafelsilber" der südeuropäischen Länder anzusetzen. Griechenland etwa müsse sich bereit finden, einen Teil der Inseln zu veräussern.



Titelseite der italienischen Zeitung „Il Giornale“, 3.8.2012

Mehr Europa statt Krisennationalismus?

Wie bereits erwähnt gibt es etliche Stimmen, die angesichts der Eurokrise eine Verstärkung der EU-Integration fordern. In aller Regel geht es dabei um die Frage, dass und wie mit einer Vertiefung der Integration, die Krise „effizienter“ bekämpft werden könne. Die Argumentation ist also im Wesentlichen „ökonomisch“



http://ec.europa.eu/budget/library/biblio/publications/2010/fin_report/fin_report_10_de.pdf

Eine analytische Gegenüberstellung der Krisenkosten und der Krisengewinne Deutschlands findet sich bei **Matthias Kolatz-Ahnen**



<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/09201.pdf>

Vgl. auch: Die neue deutsche Frage von Eric Gujer, 21.7.2012 NZZ



www.nzz.ch/meinung/kommentare/die-neue-deutsche-frage-1.17383545

„Exporteure beklagen antideutsche Stimmung“:



www.welt.de/wirtschaft/article107598972/Exporteure-beklagen-antideutsche-Stimmung.html

Zur antideutschen Stimmung in Italien vgl. Artikel aus der FAZ vom 7.8.2012



www.faz.net/aktuell/wirtschaft/vom-vierten-reich-und-nazideutschen-antideutsche-stimmung-kocht-in-italien-hoch-11846313.html

Einen guten Überblick über rechtspopulistische Tendenzen in der Eurokrisen-Debatte liefert **Leo Mayer**



www.isw-muenchen.de/download/krise-rechtspopulismus-ref-lm-201207.pdf

gehalten und damit auch der Standortlogik verhaftet, gerade wenn wie bei der erwähnten Aktion Gemeinsinn, die deutsche Prominenz den Nutzen einer Euro-Rettung betont wird, der sich für „Deutschland“ ergebe. Vereinzelt sind angesichts des erstarkenden Nationalchauvinismus jedoch auch Stimmen zu vernehmen, die zugleich auch an einer idealistischen Begründung Europas festhalten wollen. Exemplarisch hierfür steht der gemeinsame Aufruf des Philosophen **Jürgen Habermas**, des Wirtschaftsexperten **Peter Bofinger** und des Ex-Kulturstaatsminister **Julian Nida-Rümelin** in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung", oder auch das fulminante Plädoyer des österreichischen Schriftstellers **Robert Menasse** für eine Überwindung der nationalen Demokratien zugunsten eines "supranationalem Europas" auf Basis aufgewerteter Regionen. Im soeben erschienenen Buch mit dem Titel „Für Europa! Ein Manifest“ fordern die Europarlamentarier **Guy Verhofstadt** (Fraktionsvorsitzender der Liberalen) und **Daniel Cohn-Bendit** (Fraktionsvorsitzender der Grünen) einen „Quantensprung in Richtung eines echten vereinigten und föderalen Europa“. Es erscheint zunächst in sechs Sprachen und soll in Griechenland kostenlos verteilt werden. Die Kritik am Krisenmanagement der EU und dem Nationalegoismus ist pointiert und provokant, die Substanz der perspektivischen Vorschläge allerdings schwammig, weil nicht gezielt nach den Interessen gefragt wird, auf deren Basis ein verstärkter europäischer Integrationsprozess stehen soll. Beispielsweise sollen in einem anzustrebenden europäischen Bundesstaat die "Märkte" sowohl besser eingehegt wie auch "beruhigt" werden, was beim derzeitigen "Mäusegetrippel" der EU unmöglich sei. Was aber heisst "Finanzmärkte beruhigen"? Ihnen die gewünschten Renditen auf Spekulationen zu sichern? Der stellenweise naive Europaidealismus wird schliesslich im älteren Vorschlag deutlich, allen Europäern ein freiwilliges (also unbezahltes) Arbeitsjahr in einem anderen Land Europas zu ermöglichen in der Hoffnung, die so euroäisierten BürgerInnen würden dann frohgemut verkünden: "Wir sind Europa".

Einen Überblick über intellektuelle Positionen bietet ein älterer Text von **Georg Vobruba**, „Die intellektuelle Perspektive auf die europäische Integration“. Vobruba konstatiert das Dilemma, dass intellektuelle Interventionen im EU-Diskurs zwischen der Affirmation der EU-Eliten einerseits sowie eines Anti-EU-Populismus

andererseits changieren. Er selbst sieht eine genuin intellektuelle Position darin, "die europäische Integration in den Modus abgestufter Integration zu überführen. Dabei geht es um die Institutionalisierung der Option, dass Mitgliedsländer in bestimmten Politikfeldern ein höheres Integrationstempo einschlagen, so dass vorübergehend oder auch auf Dauer unterschiedlich tief integrierte Ländergruppen in der EU entstehen."

Auch der britische Soziologe **Colin Crouch**, bekannt durch seine furiose Kritik am Neoliberalismus, argumentiert, dass nur ein starkes, geeintes Europa in der Lage sei, ein Gegengewicht gegenüber den Finanzmärkten aufzubauen, die sich bekanntlich nicht um nationale Grenzen scherten. In eine ähnliche Richtung geht im übrigen auch die Europa-Position der Schweizer Sozialdemokraten (**SPS**), die einen Beitritt der Schweiz zur EU über kurz oder lang für unabdingbar halten. Zwar wird betont, dass die Zeichen der EU-Integration alles andere als auf sozial und demokratisch stehen, doch gerade deshalb müsse um so mehr im Rahmen der EU-Institutionen dafür gerungen werden: "Die SP Schweiz will zusammen mit ihren wichtigsten Partnern, der europäischen Sozialdemokratie und der europäischen Zivilgesellschaft, für diese Ziele kämpfen. Für uns ist klar: Wir brauchen eine neue, gemeinsame Strategie für einen europäischen Wandel. Unsere Bewegung muss die Grenzen der Nationalstaaten sprengen und die Fessel des Standortwettbewerbes überwinden."

Eine konservative Lesart sieht die Handlungsunfähigkeit der Staaten hingegen durch den Zwangsverband „Europa“ begründet. Wenn nun auch noch Souveränitätsrechte wie die Budgethoheit von den Nationalstaaten auf die EU-Bürokratie übertragen würden – wie dies ja im Zusammenhang mit der Debatte um Fiskalunion bzw. gar der europäischen Wirtschaftsregierung diskutiert wird – werde demokratisches Recht endgültig aufgehört, so etwa der konservative Verfassungsrechtler **Paul Kirchhof**. „Der Weg vom Bürgen zum Bürger“, so der Untertitel seines soeben erschienenen Buches „Deutschland im Schuldensog“, führe nicht über eine Vergemeinschaftung von Schulden oder Rettungsschirme, die letztlich nur das liberale Gebot der Eigenverantwortung unterminiere, sondern nur über ein europäisches Rechtssystem, in dem der einzelne Staat – wie der einzelne Bürger - unter unter „freiheitlichen“ Bedingungen für sein Tun haften müsse.



www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/europas-zukunft/colin-crouch-zur-zukunft-europas-der-europaeische-netzwerkeffekt-11855562.html



www.sp-ps.ch/ger/content/download/38661/536371/file/SP-Parteiprogramm_d_einitiv-DE.pdf



www.beck-shop.de/Kirchhof-Deutschland-Schuldensog/productview.aspx?product=10454741



www.faz.net/aktuell/feuilleton/kurswechsel-fuer-europa-einspruch-gegen-die-fassaden-demokratie-11842820.html



www.m100potsdam.de/m100-de/sanssouci-colloquium/2012/re-den.html



www.hanser-literaturverlage.de/news/daniel-cohn-bendit-guy-verhofstadt-fuer-europa.html



<http://manifest-europa.eu/allgemein/wir-sind-europa?lang=de>



www.osteuropa.d-go-online.org/issues/issue.fulltext.2007.118324080000.0.1

V. Linke Perspektiven

Das Tempo und die Unerbittlichkeit des autoritären EU-Krisenmanagements sowie die damit einhergehende Renaissance des neoliberalen Austeritätsdogmas hat die Linke in Europa überrascht und vor immense Herausforderungen gestellt.

Zahlreiche Aufrufe versuchen die Zurückweisung des angesprochenen Nationalchauvinismus sowie der Hetze gegen die Lohnabhängigen in den "Krisenländern" mit einer Kritik des Krisenmanagements zu verbinden. In einem internationalen Aufruf „**We are all Greek Jews**“ prominenter Persönlichkeiten (z.B. Elie Wiesel, Dominique Sopo, Anthony Giddens, Bernard Kouchner, Miguel Angel Moratinos, Adam Michnik, Amélie Nothomb, Dario Fo, Bernard-Henri Lévy, Amos Gitai, Béate und Serge Klarsfeld) wird die Austeritätspolitik als eine der Bedingungen des aufstrebenden Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus kritisiert. Der Traum eines offenen, sozialen Europas müsse deshalb zugleich gegen das Sparkrisenmanagement und auch gegen Nationalismus und Rassismus verteidigt werden.

Ein interessantes Reisetagebuch spiegelt die Erfahrung einer Gruppe von ArbeiterInnen und GewerkschafterInnen aus verschiedenen europäischen Ländern wieder, die im September 2012 eine Solidaritätsreise nach Griechenland unternahm: Ihr Motto "Nein zu Spardiktaten und Nationalismus!"

Parlamentarische Linke

In den "Krisenländern" wie Griechenland, Spanien und zunehmend auch in Italien gibt es eine starke, von sozialen Bewegungen und Gewerkschaften getragene Mobilisierung gegen die rigiden Sparprogramme, die sich in Griechenland auch im Ergebnis der Parlamentswahlen vom Juni 2012 niederschlug. Die sozialistische Partei Syriza errang mit 26.9% (2009: 4.6%) nur 3% weniger Stimmen als die konservative Nea Dimokratia (ND), die unter dem Ministerpräsidenten Andonis Samaras nun eine Regierungskoalition mit der Pasok (12,3%) und der demokratischen Linken (DIMAR 6,3%) bildet. Das erste Mal in der neueren Geschichte der europäischen Linken hat damit eine Partei links der Sozialdemokratie und der traditionellen KP an einer Wahl mit Abstand am meisten linke Stimmen auf sich vereinigt. Der Aufschwung von

Syriza hat viel mit ihrem klaren Programm zu tun: Euro beibehalten, aus dem Austeritätsprogramm aussteigen, Reichensteuern massiv erhöhen. Solange ein Wahlsieg von Syriza möglich schien, veränderte sich auch die Debatte über die Krise in den europäischen Medien; plötzlich wurde die Austeritätspolitik wesentlich kritischer bewertet, und Alternativen dazu wurden deutlich ernster genommen. Nach den Wahlen verschwand dieser Trend jedoch rasch wieder - ein Hinweis darauf, wie wenig gefestigt der Mainstream in der Berichterstattung ist und welchen hohen Einfluss eine Linke hätte, die sich der Austeritätspolitik entschlossen entgegensetzen würde. Allerdings gewinnt auch die rechtsradikale Partei Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte) massiv an Zulauf. Nachdem sie 2009 nur 0,29 % der Stimmen erhielt, waren es 2012 7%.

Die Bilanz der bisherigen Politik, die Francois Hollande seit seinem Sieg bei den französischen Präsidentschaftswahlen vom Mai 2012 verfolgte, fällt sehr ernüchternd aus. **Klaus Dräger**, Mitglied des Europäischen Parlaments für die deutsche Partei "die Linke", konstatiert in seinem Beitrag für das neue Denknetz Jahrbuch, dass das Hoffen auf eine Linkswende in Europa, die manche mit dem Wahlerfolg Hollands und auch der Sozialistischen Partei verbinden, eine "Fata Morgana" sei. Das Versprechen, mit der EU-Austeritätspolitik zu brechen und sich etwa für Eurobonds sowie für eine Steuerwende (Millionärssteuer) einzusetzen, ist bereits mit Hollands Anpassungskurs beim EU-Gipfel vom Juli 2012 zur Makulatur geworden. Dennoch können die Wahlergebnisse von Frankreich als Zeichen der Hoffnung interpretiert werden, spielte doch das Thema Austeritätspolitik eine zentrale Rolle im französischen Wahlkampf.

Die Schuldenkrise und die europäische Gewerkschaftsbewegung

Die Gewerkschaften verfügen mit ihren diversen Föderationen und Bündnissen (allen voran der europäischen Gewerkschaftsbund EGB, engl. ETUC) über mehrere länderübergreifende Netzwerke, mit denen sie der hegemonialen Krisenpolitik und der Stärkung nationaler Chauvinismen entgegenzutreten können respektive könnten. Die offiziellen Verlautbarungen der Verbände plädieren denn auch für eine länderübergreifende Sozial- und Wirtschaftsunion. Folgende Eckpunkte, wie sie der EGB in Reaktion auf die Ent-

Eine Analyse der Chrysi Avgi und ihrer gesellschaftlichen Verankerung bietet **Harry Ladis**

<http://jungle-world.com/artikel/2012/3/9/46272.html>

www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Draeger_Jahrbuch_Denknetz_2012.pdf

vgl. hierzu die Wahlanalyse von **Bernard Schmid**

www.labournet.de/internationales/fr/wahl12_9.html

Zu den Diskussionen der Europäischen Linken im Europäischen Parlament siehe

<http://de.european-left.org/>

<http://weareall-greekjews.eu/>

vgl. auch das Bündnis <http://griechenlandsolidaritaetberlin.blogspot.eu/>

www.labournet.de/diskussion/arbeitsaktionen/2012/griechenreisetagebuch.html

Erklärung des
EGB vom
25.1.2012



www.etuc.org/IMG/pdf/EN-Declaration-on-the-new-treaty_FINAL.pdf

Beitrag von Vasco Pedrina, erschienen in: Denknetz (Hg.): Jahrbuch 2011. Gesellschaftliche Produktivität jenseits der Warenform, Zürich 2011



www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Die_Schuldenkrise_und_die_europaische_Gewerkschaftsbewegung_Pedrina.pdf

Entscheidung des EU-Gipfeltreffens vom Dezember 2011 zur Einrichtung des ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus, auch Fiskalunion genannt) formulierte, stehen exemplarisch für die offizielle bzw. veröffentlichte Positionen vieler Gewerkschaften zur Eurokrise:

- Eine Stärkung der EZB mit dem Ziel, Preisstabilität, Vollbeschäftigung und die Angleichung der finanziellen Bedingungen der Mitgliedsländer im Verbund durchsetzen zu können.
- Eine teilweise Vergemeinschaftung der Schulden, etwa durch die Ausgabe von Eurobonds.
- Eine gemeinsame Fiskalunion, um den ruinösen Steuerwettbewerb zwischen den Staaten zu verhindern und eine europäische Finanztransaktionssteuer einzuführen.

Berücksichtigt man zusätzlich noch die unzähligen Solidaritätserklärungen mit den Lohnabhängigen in den südlichen "Schuldenländern", die fast täglich in den Gewerkschaftszentralen verfasst werden, dann entsteht der Anschein, als stünde die Europäisierung sozialer Kämpfe kurz bevor. Allein, die Realität sieht anders aus. **Vasco Pedrina** berichtet, dass auf dem wegweisenden Kongress des EGB vom Mai 2011 in Athen keine Aufbruchstimmung in Richtung Verstärkung länderübergreifender Kampfmassnahmen gegen die EU-Sparpolitik erzeugt werden konnte. Im Gegenteil seien schwelende Spannungen zwischen "nördlichen" und "südlichen" Verbänden bzw. auch innerhalb einzelner Länder wie im Falle Italiens eher noch vertieft zu Tage getreten. Vieles deutet also auf eine Renationalisierung der Gewerkschaftsbewegung hin. Euroskepsis und Nationalegoismus lassen sich dabei nur schwer unterscheiden - etwa dann, wenn argumentiert wird, die EU sei ein hoffnungslos autoritär-neoliberales Projekt, soziale Rechte könnten deshalb nur noch im nationalen Rahmen verteidigt werden.

Viele Gewerkschaftsführungen sehen sich nach Jahrzehnten neoliberaler Dominanz offenbar derart unter Druck, dass die Sicherung der Arbeitsplätze ihr Handeln und Denken an nationale, regionale oder branchenspezifische Kategorien bindet. Deutlich wird dies immer dann, wenn Standortschliessungen multinationaler Konzerne angekündigt werden und Gewerkschaften vor Ort die Vorzüge des eigenen Standorts anpreisen und damit zumindest implizit die Schliessung des konkurrierenden Werks im Nachbarland nahe legen. Und auch bei der Entwick-

wicklung der Lohnkosten ist etwa die deutsche Industriegewerkschaft IG-Metall - aller internationaler Kritik auch von anderen Gewerkschaften zum Trotz - nicht bereit, die Wettbewerbsvorteile der deutschen Industrie durch eine allzu offensive Lohnpolitik zu "gefährden".

Vgl. auch die Vorschläge zur einer die Fiskalunion flankierenden europäischen Sozialunion von **Bernadette Ségol**, Generalsekretärin des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB): Die Euro-Krise und die Reaktion der europäischen Gewerkschaften (deutsche Übersetzung des zuerst auf bei Social Europe und der Global Labor Column erschienen Textes).

Auf der Suche nach neuen Strategien

Die hier referierten Widersprüche innerhalb der europäischen Gewerkschaftsbewegung betreffen in vielerlei Hinsicht auch die europäische Linke generell. Gemeinsamer Nenner der linken EU-Kritik ist die Bewertung des EU-Krisenmanagements als Fortführung jener Politik, die die europäische Krise erst (mit-)verursacht hat. Exemplarisch hierfür steht etwa der Text "Die Krise des Euro und die Verwirrung der Linken" von **Claudio Bellotti**, Mitglied der Direzione Nazionale der Rifondazione Comunista.

Mit Blick auf die Auswirkungen der europäischen Integration auf den globalen Süden fällt **Samir Amins** Kritik an der EU noch schärfer aus. In seinem aktuellen Text "Europa von aussen betrachtet" rechnet er grundsätzlich mit dem europäischen Gedanken ab. Die EU sei von Anbeginn an ein Projekt zur Stärkung der hegemonialen Metropolen gewesen. Das Versprechen auf die Verringerung der Ungleichheiten und das Aufholen rückständiger Regionen durch EU-Beitritte sei eine grosse Augenwischerei gewesen. Transfers dienten nicht dem Aufbau starker Ökonomien an der Peripherie, sondern deren Erschliessung als Absatzmärkte für die grossen Multis aus dem alten Kerneuropa. Dieser Prozess werde durch das aktuelle Krisenmanagement weiter beschleunigt. Eine emanzipatorische Perspektive könne nur noch im Bruch mit den Institutionen der europäischen Integration gefunden werden. In diese Richtung geht auch die empirisch-historische Darstellung des EU-Imperialismus, die **Karl Heinz Roth** mit engem Bezug auf Griechenland vorgelegt hat.

Ein weiteres, innerhalb der linken Debatte vorgebrachtes Argument gegen eine mögliche Transformation der EU besagt, dass eine halbwegs progressive Sozial-, Steuer- und Wirtschaftspolitik nur in einem Nationalstaat mit eigener Währung



www.gegenblende.de/++co++46cbd67e-678f-11e1-504e-001ec9b03e44



www.derfunke.ch/html/de/international/europa/105-die-krise-des-euro-und-die-verwirrung-in-der-linken



www.vidc.org/fileadmin/Bibliothek/DP/pdfs/Quersichten/Europa_von_aussen_betrachtet.pdf



www.vsa-verlag.de/uploads/media/www.vsa-verlag.de-roth-griechenland-was-tun.pdf



<http://sp-bue-zer.ch/allgemein/li-eb-e-leserin-lie-be-leser/>

Eine weitere Eu-kritische Position innerhalb der Schweizer Linken findet sich hier:



<http://sozialismus.ch/positionen/>



www.zeitschrift-luxemburg.de/?p=2250



<http://gesd.free.fr/dilemmpdf>



<http://transform-network.net/journal/issue-092011.html>

erkämpft und verteidigt werden könne. Beispielsweise lehnt eine neue, als Arbeitnehmerflügel auftretende Gruppierung innerhalb der Schweizer Sozialdemokraten eine Annäherung an die EU im Gegensatz zum offiziellen Parteiprogramm der SPS ab: "Die aktuell vorangetriebene Politik der EU widerspricht unseren Prinzipien in der Arbeitnehmer- und Lohnpolitik und verhindert Gegenreformen bei den Renten- und Sozialversicherungen. Eine Politik der Annäherung an die EU widerspricht den Interessen der Arbeitnehmerschaft in fundamentaler Weise."

Auf einer theoretischen Ebene formuliert **Michel Husson** in seinem Beitrag "Zur Wiederbegründung Europas" im Themenheft „Europa in der Krise: Linke Perspektiven“ der Zeitschrift Luxemburg eine Haltung, die sich sehr deutlich an der Förderung des Widerstands gegen die neoliberale Politik orientiert. Es gelte sich der Erpressung zu entziehen, die durch das simple Diskursschema Pro-Contra Europa das Vorankommen eines europäischen Widerstandes lähme. Linke Bewegungen oder auch Linksregierungen müssten das Risiko in Kauf nehmen, mit progressiven Maßnahmen gegen herrschende EU-Richtlinien wie den Schuldenbremsen etc. zu verstoßen. Ein dadurch möglicherweise provoziertes Austritt aus der EU dürfe nicht von vorneherein aus einer transformatorischen Strategie ausgeschlossen werden, solle aber umgekehrt auch nicht zur Voraussetzung für wirksamen Widerstand stilisiert werden. In eine ähnliche Richtung - klare Zurückweisung von Austerität und Erpressung bei Beibehaltung der europäischen Perspektive - geht der Text der Syriza Mitglieder **Christos Laskos, John Milios** und **Euclid Tsakalotos**: Communist Dilemmas on the Greek Euro-Crisis: To Exit or Not to Exit?, der zugleich einen guten Einblick in die Debatten innerhalb der griechischen Linken bietet.

Weitere Beiträge zur internationalen, marxistischen Debatte zur Eurokrise bietet das Themenheft Europe-No future? von **Transform**, dem european network for alternative thinking and political dialogue.

VI. Vermischtes

Überblickdarstellungen

Anne Karrass / Steffen Stierle (2011): EuropaKrise. Wege hinein und mögliche Wege hinaus, Attac-

BasisTexte 39, EUR 7.00 | sFr 10.50

Eine herausragende, unkommentierte, aber doch geordnete Zusammenstellung von Lesematerialien und Links zur Krise (nicht nur im engeren Sinn zu Eurokrise) bietet das Dossier von **reflect!**, einem „Netzwerk von Bildungsarbeiter_innen, Nachwuchswissenschaftler_innen sowie Studierenden, das seit Oktober 2004 "Kräfte gegen Prekarisierungstendenzen im Bildungs- und Wissenschaftsbereich“ bündelt.

Kritische Theorien der europäischen Integration

Ein interessanter akademischer Analysestrang hat sich seit einigen Jahren herausgebildet, der die europäische Integration aus einer staatstheoretischen Perspektive unter Rückgriff auf Regulationstheorie und Gramscis Hegemonietheorie beleuchtet:

Hans-Jürgen Bieling, Frank Deppe, Bernd Röttger (1996): Weltmarkt, Hegemonie und europäische Integration, Kritische Beiträge zur Theorie der internationalen Beziehungen, Arbeitspapiere der Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG) Nr. 15,

„**Staatsprojekt Europa**“: Forschungsverbund zu europäischer Staatstheorie zwischen Neo-Gramscianismus und Regulationstheorie

John Kannankulam und **Fabian Georgi**: Die europäische Integration als materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen: Hegemonieprojekte im Kampf um das ‚Staatsprojekt Europa‘ (Januar 2012)

Die Deutschen sind wieder wer – diesmal auch ohne Militär

Die Deutschen sind wieder wer,
Diesmal auch ohne Militär,
Pazifisten sind sie dennoch nicht,
Ihre Waffe ist der Verzicht,
Schon sitzen sie wieder über andere Länder zu Gericht.

Ihr gnadenloses Sparregime,
Rafft alle Schuldnerländer hin,
Die Griechen, Spanier, Portugiesen,
Rutschen weiter in die Miesen,
Sie fahren die Wirtschaft an die Wand,
Wann endlich regt sich Widerstand,
Wann endlich regt sich Widerstand.

Schon sind Millionen arbeitslos,
Doch die Deutschen herrschen rigoros,
Der eisernen Kanzlerin,
Steht nach nichts anderem der Sinn,
Und die Deutschen schauen wieder einmal nicht so genau hin.

Der Boulevard schießt aus vollen Rohren,
Wer sich wehrt, hat schon verloren,
Die Medien stehen in Reih und Glied,
Schmettern ihr bekanntes Schlachtenlied,
Vom Sparen und der Schuldenkrise,
Diese Freiheit nimmt die Presse sich,
Diese Freiheit nimmt die Presse sich.

Doch die Griechen, Spanier, Portugiesen,
Rutschen weiter in die Miesen,
Sie fahren die Wirtschaft an die Wand,
Wann endlich regt sich Widerstand,
Wann endlich regt sich Widerstand.



www.reflect-online.org/das-krisen-dossier-von-reflect-ein-anstoss-sich-schlau-zu-machen



www.uni-marburg.de/fb03/politikwissenschaft/eipoe/publikationen/publikationen/a15.pdf



www.staatsprojekt-europa.eu/index.php?option=com_content&view=article&d=53&Itemid=55



www.uni-marburg.de/fb03/politikwissenschaft/eipoe/publikationen/publikationen/a30.pdf



<http://thorsten-hild.blogspot.de/2012/05/Die-Deutschen-sind-wieder-wer-diesmal-auch-ohne-Militar/>